

Impulse der Kommission I

„Profil und Programm“

Nachhaltigkeit als Gebot der Gerechtigkeit!

Nachhaltiges Handeln ist ein Gebot der Gerechtigkeit - auch zur Vermeidung von Fluchtursachen und zur Sicherung von Frieden. In diesem Sinne steht die SPD für Energiewende, Klima- und Ressourcenschutz. Die SPD muss Ängste nehmen und Lust auf Neues schaffen. Sie darf sich nicht als Vertreterin einzelner Interessen begreifen, sondern orientiert sich am Gemeinwohl. Der Schutz von Lebensgrundlagen ist Grundbedingung für Gerechtigkeit und Ausdruck von Verantwortung gegenüber der Weltgemeinschaft sowie nachfolgenden Generationen. Wirtschaftspolitik muss mit den planetaren Grenzen vereinbar sein. Umwelt-, Umwelt- und Klimaschutz ist dabei auch Gesundheitsschutz.

Klimaschutz, nachhaltiges Wirtschaften, Ressourcenschutz, Ökologie und Umweltschutz sind zentrale gesellschaftspolitische Themen, deren sozialpolitische Dimension die SPD verstärkt aufgreifen und gleichberechtigt mit sozialen Themen in den Vordergrund stellen muss.

Soziale Gerechtigkeit braucht ökologische Gerechtigkeit!

Der Klimawandel und der Verbrauch endlicher Ressourcen wirken schon jetzt als Faktor sozialer Ungerechtigkeiten. Der Klimawandel und der Verbrauch endlicher Ressourcen wirken schon jetzt als Faktor sozialer Ungerechtigkeiten. Solange einzelne Gruppen mehr Ressourcen verbrauchen als verträglich, nehmen sie anderen etwas weg und führen ihr Leben auf Kosten dieser und zukünftiger Generationen. Dieses Verhältnis muss ins Gleichgewicht gerückt werden. Der Klimawandel bedroht die Lebensgrundlagen von immer mehr Menschen. Umweltverschmutzung und Ressourcenverbrauch schädigen zunehmend auch die Gesundheit. Die Ärmere sind die am ersten und stärksten Betroffenen. Hohe Emissionen wohlhabender Staaten und besser gestellter gesellschaftlicher Schichten haben Dürren, Luftverschmutzung

und die Erderwärmung zur Folge. Dies führt dazu, dass Menschen krank werden oder sogar aus ihrer Heimat fliehen und dass aufgrund sich verknappender Ressourcen Kriege geführt werden. Die weltweite Abhängigkeit von fossilen Ressourcen schürt Konflikte; der Umstieg auf Erneuerbare Energien ist damit auch gesundheits- und eine friedenspolitische Aufgabe.

Beschleunigter Umstieg auf Erneuerbare Energien

Zentral ist das Ziel eines vollständigen und zu beschleunigenden Umstiegs auf Erneuerbare Energien und Ressourcen. Es nützt nichts, wenn Autos zukünftig durch fossile Brennstoffe betrieben werden. Deshalb darf es keine Subvention von fossilen Energien mehr geben. **Das Energiewende-Pionierland Schleswig-Holstein soll beim Ausbau Erneuerbarer, insbesondere der Windenergie, aber auch bei Speichern, Sektorkopplung und intelligenten Netzen Vorreiter sein bzw. bleiben.**

Als Technologie und Exportnation trägt Deutschland eine besondere Verantwortung: dezentral, unter Beteiligung der Menschen vor Ort. So können auch Wertschöpfung in ländlichen Räumen sowie eine Entlastung urbaner Zentren erreicht und Wohnraummangel reduziert werden. **Wir wollen die Erderwärmung auf 1,5 °C begrenzen**, wie es im Pariser Klimaabkommen vereinbart wurde. Dazu müssen die **CO₂ Emissionen spätestens bis 2050 auf null** reduziert werden. Es darf nicht um ein Recht auf 2 Grad Klimaerwärmung, sondern es muss um so wenig CO₂ wie möglich gehen.

Dieses Ziel muss über den Umstieg auf Erneuerbare Energien und die weitere Reduktion von CO₂ erreicht werden, hingegen nicht über einen Ausbau von Atomenergie, wie dies in einigen Szenarien auch des Weltklimarates zu finden ist. **Laufzeitverlängerungen von Atomkraftwerken oder gar neue Wege der Atomenergienutzung lehnen wir ab.** Wir sollen zudem den europäischen und letztlich weltweiten Atomausstieg erreichen. Der EURATOM Vertrag soll in einen Vertrag zur Förderung erneuerbarer Energien, innovativer Speichertechnologien und Energieeinsparungen (EURONEW) umgewandelt werden.

Mit einem Umstieg auf Zukunftstechnologien wird **ein sozialverantwortlich ausgestalteter Kohleausstieg bis 2030** gelingen – im Zeichen von Gesundheitsvorsorge, zur Schaffung von Arbeit, auch für die heute in der Kohlewirtschaft Beschäftigten und für Wettbewerbsfähigkeit heimischer Wirtschaft. Erneuerbare Energien müssen in Kombination mit Speichern und intelligenten Netzen Atom- und fossile Energien verdrängen – und nicht umgekehrt. Hierfür

müssen Anreize geschaffen werden. Ökologische Nachhaltigkeit darf nicht auf dem Rücken von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern erreicht werden.

Energiearmut trifft die Schwächsten in der Gesellschaft. Wir fordern **deswegen eine Abkehr von Privatisierung in der Energiewirtschaft einschließlich der Netzinfrastruktur**, da dies dem **Daseinsvorsorgeauftrag** entgegen läuft, den es bei Energie auch zur Vermeidung von Energiearmut geben muss. **Der Zugang zu Energie ist auch eine Frage gesellschaftlicher Teilhabe**. Daseinsvorsorge-Aufgaben, wie etwa die Energieversorgung müssen auf europäischer Ebene ein stärkeres Gewicht gegenüber dem Europäischen Binnenmarkt erlangen. Dies betrifft auch die Anforderungen von Ausschreibungen, die zu keiner Verdrängung kommunaler und kleiner privater Anbieter bzw. Unternehmen führen dürfen. Mit Kooperativen und genossenschaftlichen Energieunternehmen können vor Ort Gemeinschaften, Initiativen und regionale Wertschöpfung geschaffen und damit auch gesellschaftliche Strukturen in ländlichen Räumen gestärkt werden. Dies muss auch mit entsprechenden Rahmenbedingungen gefördert und gestärkt werden.

Mobilität

Nachhaltige Mobilität bedeutet für uns sowohl den Umstieg auf alternative Antriebe und Erneuerbare Energien als auch, die Abhängigkeit von Individualverkehr durch Alternativen, insbesondere an öffentlichen Angeboten zu reduzieren. **Umweltschäden wirken sich als Belastungen von Gesundheit und Volkswirtschaft aus und müssen einen Preis bekommen**, etwa in Form einer Schadstoffbepreisung. Die verpasste frühere Weichenstellung für nachhaltige Mobilität darf nicht auf Verbraucherinnen und Verbraucher abgeladen werden, wenn ihnen keine leistbaren Alternativen zur Verfügung stehen. Damit die **Mobilitätswende** nicht zum Hebel sozialer Ausgrenzung wird und um gesellschaftliche Spaltung zu vermeiden, müssen insbesondere in der Phase des Strukturwandels und der Markteinführung alternativer Antriebe gesonderte Anreize und Förderungen geschaffen werden. Es müssen vielmehr **klimaschonende Alternativen attraktiv und kostengünstig angeboten** werden.

Zugleich kann der **Individualverkehr** nicht länger so ausgestaltet werden wie bisher. Autos mit Verbrennungsmotoren sind nicht nachhaltig und zudem ist die Belastung der Verkehrsinfrastruktur zu Stoßzeiten extrem und ineffizient. Deshalb sollen zukünftig **nachhaltige und effizientere Lösungen gefördert** werden. Dazu gehört der konsequente **Ausbau** einer leistungsfähigen **Fahrradinfrastruktur** insbesondere in Städten. Neue Technologien wie

zum Beispiel E-Bikes ermöglichen es immer mehr Menschen sich CO₂ neutral fortzubewegen. Städte wie Kopenhagen und Amsterdam sind positive Beispiele in benachbarten Staaten, in denen sich bereits jetzt ein Großteil der Menschen vor allem mit dem Fahrrad fortbewegt. Die **Elektromobilität muss den Verbrennungsmotor zeitnah ersetzen**. Um die Elektromobilität zu fördern sollte etwa, wie in Norwegen, die Mehrwertsteuer beim Kauf von Elektroautos entfallen.

Verstärkt muss in **Infrastruktur für Elektromobilität investiert werden**, um sie in der gesellschaftlichen Breite nutzen zu können. Dies betrifft unter anderem die verstärkte Forschungs- und Fertigungsförderung von **Speicherbarkeit** als auch den öffentlichen Parkraum mit **Ladestationen** und **Wasserstoff-Tankstellen**. Auch nachhaltig gewonnene Biokraftstoffe zählen zum **Mix alternativer Antriebstechnologien**. Es muss angereizt werden, **Erneuerbaren Energien auch für Mobilität sektorübergreifend einzusetzen**.

Der zweite Bereich eines nachhaltigen Mobilitätskonzepts ist der **öffentliche Verkehr**. Die Bereitstellung entsprechender Infrastruktur ist staatliche Aufgabe. Das Angebot des öffentlichen Verkehrs muss sich stetig verbessern. Dazu darf der öffentliche Verkehr in der staatlichen Förderung gegenüber dem motorisierten Individualverkehr nicht schlechter gestellt werden. Mit wachsendem Angebot öffentlicher Verkehre muss Förderung von Individualverkehr abgebaut werden. **ÖPNV muss kostengünstig gestaltet werden**, auch um die Straßen und ihre AnwohnerInnen in Ballungszentren zu entlasten. **Langfristig muss er kostenlos werden**. Gleichzeitig müssen aber auch die damit verbundenen Bedarfe gedeckt werden. Im Gegenzug soll die **Subventionierung umweltschädlicher Verkehrsmittel eingestellt** werden.

Auch der **Fernverkehr muss nachhaltig** werden. Die Unzuverlässigkeit von Zügen ist für viele ein Grund, lange Strecken mit dem Auto oder Flugzeug zurückzulegen. Die Angebote und deren Zuverlässigkeit müssen deutlich **ausgebaut** werden, sodass bereits **die höhere Taktung der Angebote für bessere Anschlussmöglichkeiten sorgt und mehr Flexibilität bietet**. Für mehr Zuverlässigkeit müssen **Fahrpläne zudem bundesweit aufeinander abgestimmt** werden. Zudem bedarf es auch eines systematischen **Ausbaus der Schieneninfrastruktur** durch den **Neu- und Ausbau sowie die Wiederinbetriebnahme von Trassen** auch unter Berücksichtigung transeuropäischer Netze, die **vollständige Elektrifizierung aller Hauptstrecken und die Einführung von Wasserstoffbetrieben oder weiteren Alternativen für (zunächst) für Nebenstrecken**. **Erprobung und Einführung von nachhaltigen Lösungen wie etwa**

Wasserstoffantrieben auf Nebenstrecken. Der Ausbau muss sich dabei an dem bundesweiten Fahrplan orientieren und die Taktung erheblich erhöhen.

Insgesamt gilt es, den **Schienerverkehr als die ökologischere Alternative im intermodalen Wettbewerb** zu **stärken**. Dafür müssen zum einen etwa durch **Senkung der Trassennutzungsentgelte** oder die Anwendung des reduzierten Mehrwertsteuersatzes auch auf Fernverkehrstickets die Kosten des Schienenverkehrs gesenkt, zum anderen fehlgeleitete Subventionen anderer Verkehrsträger, wie die **Privilegierung von Kerosin im Rahmen der Energiesteuer** oder **von Fernbussen im Rahmen der LKW-Maut, aufgehoben werden**. Zudem müssen ökologischen Schäden, die Transporte auf der Straße verursachen, in die LKW Maut eingepreist werden.

Auch den **Güterverkehr gilt es von der Straße weg** auf andere Verkehrsmittel zu **verlagern**, seien es Lastenräder und alternative Transportkonzepte für den Lieferverkehr in Großstädten, die Ausnutzung der Möglichkeiten der Binnenschifffahrt, oder auch hier eine Verlagerung auf die Schiene.

Industrie

Unser derzeitiges Wirtschaftssystem braucht Wachstum um zu funktionieren. Dieser Umstand bringt im Klimaschutz große Herausforderungen mit sich. Global gesehen hat Wachstum bisher **steigende klimaschädliche Emissionen** mit sich gebracht. Diese Entwicklung muss aufgehalten werden. Ein bereits installiertes Instrument ist der europaweite Emissions- bzw. Zertifikatehandel. Damit er die erforderliche klimapolitisch lenkende Wirkung erzielt, muss die Zahl der **Zertifikate deutlich schneller verringert werden und ein entsprechend lenkender Mindestpreis eingeführt werden**. Die Handelsperioden sind allerdings rein zeitlich so ausgestaltet, dass der Emissionshandel für das Erreichen der benannten Umwelt- und Klimaschutzziele absehbar nicht reichen wird. Insofern sind **ergänzende Modelle zur Emissions- bzw. Schadstoffbepreisung erforderlich, die auch national oder bilateral zu verfolgen sind**. Auch eine **europäische Steuer auf CO₂**, die direkt in den Haushalt der EU fließt, muss verfolgt werden.

Die SPD muss aufhören, als Verteidigerin von veralteten und klimaschädlichen Industrien aufzutreten. Es überzeugt nicht, einerseits den Vorrang der Politik vor der Wirtschaft behaupten und andererseits bei Großunternehmen, die fortwährend gesetzliche Bestimmungen missachten und massiv gegen Gemeinwohlinteressen verstoßen, Gnade vor Recht walten

lassen. Viele Produktionsprozesse haben negative Auswirkungen auf die Umwelt. Die Auswirkungen von Luftverschmutzung und ähnlichem werden in der Besteuerung dieser Güter nicht angemessen berücksichtigt. Dadurch haben die entsprechenden Unternehmen Wettbewerbsvorteile gegenüber klimaschonenden Produzent*innen, die teurere Verfahren im Sinne des Klimaschutzes in Kauf nehmen. Dieser Ungerechtigkeit wollen wir entgegenwirken und **umweltschädliche Nebeneffekte in der Besteuerung berücksichtigen**.

Ein wirksames Instrument kann dabei eine steuerpolitische Ausrichtung am Leitbild der **Gemeinwohlökonomie** sein. Danach sind Steuerentlastungen für umwelt-, klima- (und auch sozialpolitisch) gemeinwohlorientierte Unternehmensausrichtungen und Mehrbelastungen bei gemeinwohlbelastenden Produktionsweisen bzw. Produkten auszugestalten.

Wir wollen **auf eine ressourcenschonende Kreislaufwirtschaft hinwirken**. Dazu gehört es, den Bedarf an umweltschädlichen Stoffen zu reduzieren oder vollständiges Recycling zu gewährleisten. Das bedeutet auch, dass Müll nur dann exportiert werden darf, wenn eine fachgerechte Entsorgung gewährleistet werden kann.

Landwirtschaft, Umwelt und Ernährung

Die **nachhaltige Land- und Ernährungswirtschaft** kann einen erheblichen Teil des Schutzes von Biodiversität und des Klimaschutzes einnehmen: **Die Ernährung des Menschen muss Vorrang vor Futtermittelproduktion** haben, insbesondere wenn mit Agrarflächen für Futtermittelanbau große Verluste von Regenwald und Biodiversität verbunden ist. Wir brauchen eine **Extensivierung der Landwirtschaft** – auch zum Schutz vor Nitrateinträgen ins Grundwasser.

Der **Einsatz von Nanotechnologie, Agro-Gentechnik, Pestiziden und Antibiotika muss dem Vorsorgegrundsatz gerecht werden**.

Im Zeichen von Daseinsvorsorge gilt es den gerechten Zugang zu natürlichen und nachhaltig verwendeten Ressourcen zu gewährleisten und Artenvielfalt – **Saatgutvielfalt** eingeschlossen – zu erhalten. **Vor diesem Hintergrund lehnen wir die Patentierung von pflanzlichen bzw. organischen Organismen sowie den Einsatz von Agro-Gentechnik ab**.

Europäische Billigexporte insbesondere von Lebensmitteln beispielsweise nach Afrika wollen wir durch die **Abschaffung der europäischen Agrarsubventionen** aus der ersten Säule verhindern. Ein Umbau der Landwirtschaft hin zu ökologischer Produktion soll durch Subventionen und

Investitionen in digitale und ökologisch nachhaltige Landwirtschaft für einen überschaubaren Zeitraum sichergestellt werden. Langfristiges Ziel ist die Abschaffung jeglicher Agrarsubventionen.

Wir müssen Mobilität, die Energieversorgung und Produktionsweisen neu gestalten sowie eine nachhaltige Landwirtschaft erreichen – auch als Grundlage für gesunde Ernährung.